

Weißenburg, den 14. Januar 2015

Antrag: Verhandlungen zu TTIP, CETA und TiSA stoppen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schröppel,

Der Stadtrat möge in öffentlicher Sitzung den folgenden Beschluss fassen:

"Der Stadtrat von Weißenburg fordert die Staatsregierung sowie sämtliche politischen Vertreter/innen auf Landes- und Bundesebene auf, sich in Berlin und Brüssel für einen sofortigen Abbruch der Verhandlungen über die Abkommen TTIP, CETA und TiSA einzusetzen."

Begründung:

Nach dem Scheitern der globalen Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der Welthandelsorganisation WTO verhandelt die Europäische Union derzeit eine neue Generation von Freihandelsabkommen aus:

Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen der EU und den USA, das europäisch-kanadische Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), sowie das multilaterale Trade in Services Agreement (TiSA). Ein Abschluss dieser Abkommen würde auch die Stadt Weißenburg betreffen.

Auf eine Reihe von unerwünschten Auswirkungen hat Thomas Fritz in seiner Abhandlung "TTIP vor Ort: Folgen der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft für Bundesländer und Kommunen" hingewiesen; die verheerenden Folgen von TiSA haben die Politikwissenschaftler Scott Sinclair und Hadrian Mertins-Kirkwood in ihrer Studie "TiSA contra öffentliche Dienste" aufgezeigt.

Durch immer weitere veröffentlichte Textpassagen der geplanten Abkommen mehren sich die unerwünschten Gefahren, wie etwa jüngst die Absicht der sog. Regulatorischen Kooperation, nach der EU-Gesetze künftig zunächst von Konzernen und US-Regierung geprüft und dann mitgeschrieben werden sollen. Dabei würde der schon jetzt den Gemeinschaftsinteressen gegenüberstehende Wirtschaftslobbyismus gesetzlich verankert. Dies würde im Übrigen nicht nur gegen die bayerische Verfassung und das deutsche Grundgesetz verstoßen. Auch die Schiedsstellen und deren Koordinatoren stünden im Widerspruch zur deutschen Rechtsprechung – auch wenn diese Schiedsstellen und deren Koordinatoren meist "Schiedsgericht" und "Schiedsrichter" genannt werden. Zusätzlich verwiesen sei auf die ne-

gativen Folgen durch das Freihandelsabkommen NAFTA zwischen den USA, Canada und Mexiko, bei denen der Staat ebenfalls Macht abgegeben hat: mehrere Millionen Menschen haben in allen drei Ländern ihre Arbeit verloren oder Lohnsenkungen hinnehmen müssen; die Umweltprobleme (etwa gemessen am ökologischen Fußabdruck) haben zugenommen.

Beispiele konkret lokaler Gefahren der neuen geplanten Abkommen sind:

1. Handelsabkommen, die das Regelungs- und Entscheidungsrecht der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge achten, müssten die Möglichkeiten der Kommunen erhalten, öffentliche Dienste (wie zum Beispiel die Wasserversorgung) zu erhalten, wiederzubeleben, zu rekommunalisieren, auszuweiten und neu zu schaffen. Vom Geltungsbereich der Vorschriften zur Marktöffnung sowie von Investitionsschutzklauseln in solchen Abkommen muss der Bereich der Daseinsvorsorge umfassend und explizit ausgenommen sein. Sowohl TTIP als auch CETA genügen diesem Anspruch nicht. Eine besondere Bedrohung stellt TiSA dar, das eine weitgehende Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistung erreichen möchte. Auf die hohen Gefahren für die kommunale Organisationsfreiheit im Bereich Wasser- und Abwasserversorgung hat insbesondere Prof. Dr. Markus Krajewski (Universität Erlangen-Nürnberg) in einem Gutachten im Auftrag des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) hingewiesen.

2. Das Abkommen CETA enthält eine Marktöffnung im Bereich der öffentlichen Beschaffung; für TTIP ist das ebenso geplant. Auch wenn diese Regelungen nicht weit über die Vorgaben des Europäischen Vergaberechts hinausgehen, erschwert die Aufnahme der öffentlichen Beschaffung in internationale Abkommen eine Reform des Vergaberechts im Sinne der kleinen Kommunen, der regionalen Wirtschaftsförderung oder stärkeren sozialen und ökologischen Kriterien.

3. In der Stadt Weißenburg spielt eine kleinstrukturierte Landwirtschaft mit einem größer werdenden Anteil an ökologisch und/oder unter erschwerten Bedingungen wirtschaftenden Betrieben eine wichtige Rolle. Die Landwirtschaft in Nordamerika arbeitet unter völlig anderen Bedingungen. Sie durch eine Marktöffnung für Agrarprodukte in direkte Konkurrenz zu setzen würde hier zu einem weiteren Höfesterben und langfristig der Aufgabe landwirtschaftlicher Fläche führen. Dabei ist irrelevant, ob eine Marktöffnung durch eine Harmonisierung von Standards und Verfahren, eine gegenseitige Anerkennung von Standards oder eine Senkung oder Abschaffung von Zöllen erreicht wird.

4. Ein explizites Ziel der amerikanischen Verhandlungsführer in den Verhandlungen über TTIP ist eine Öffnung des europäischen Markts für Lebensmittel, die mit Gentechnik,

DIE LINKE.

**im Stadtrat von
Weißenburg in Bayern**

Brunnengasse 4

91781 Weißenburg

Telefon 0160 – 92384761

www.erkan-dinar.de

Wachstumshormonen oder in der EU nicht zugelassenen Pestiziden produziert wurden.
Wir stattdessen sollten uns für die Gentechnikfreiheit der Landwirtschaft und Lebensmittel einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Erkan Dinar

Stadtrat